

## **DONNER'STALK**

**„EIN JAHR NACH DEM 11. SEPTEMBER“**

REDE DER GENERALKONSULIN DER  
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

**SUSAN M. ELBOW**

ANLÄSSLICH EINER ABENDVERANSTALTUNG IN DER

CONRAD HINRICH DONNER BANK AG

AM DONNERSTAG, DEM 19. SEPTEMBER 2002

Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude, zu Ihnen heute über die Vereinigten Staaten ein Jahr nach dem 11. September sprechen zu können. Vor neun Tagen begingen wir den ersten Jahrestag dieser schrecklichen Terror-Attacken auf die Vereinigten Staaten und gedachten der vielen unschuldigen Menschen, die an diesem Tag starben. Die Attacken bleiben unfassbar in ihrer Grausamkeit und hinterlassen eine Spur des Leids und der Trauer. Die überwältigende Anteilnahme der deutschen Bevölkerung hat gezeigt, wie sehr sie dieses Ereignis berührte. Die Vereinigten Staaten sind zutiefst dankbar für all die Unterstützung, die uns nach dem 11. September 2001 erreicht hat. Dazu zählt auch die großzügige Spende unseres heutigen Gastgebers, der Conrad Hinrich Donner Bank.

Nach den Anschlägen im letzten Jahr wurde immer wieder davon gesprochen, dass sich die Welt verändert hat und dass nichts mehr so sein würde wie vorher. Jetzt, ein Jahr danach, fragen sich viele, ob das wirklich der Fall ist. Was hat sich verändert? Es ist offensichtlich, dass die Welt nicht aufgehört hat zu existieren und dass der Dritte Weltkrieg nicht begonnen hat und dass die meisten Menschen relativ schnell zu alltäglichen Routinen zurückgefunden haben. In vielen Bereichen ist im Alltagsleben der Amerikaner und der Deutschen die Normalität zurückgekehrt.

Dennoch bin ich der Überzeugung, dass die Attacken unser Leben grundlegend im Kleinen und im Großen verändert haben, und über diese Veränderungen möchte ich heute Abend zu Ihnen sprechen. Beginnen möchte ich mit den psychologischen Auswirkungen des 11. September auf Amerika, um dann auf die wirtschaftlichen Folgen einzugehen. Schließen möchte ich mit einem Ausblick auf die politische Lage und mit Anmerkungen dazu, wie die Anschläge Amerikas Beziehungen zum Rest der Welt verändert haben.

Die psychologischen Auswirkungen des 11. September waren enorm. Geschützt und abgeschottet durch zwei Ozeane haben die Amerikaner seit Jahrhunderten mit geographisch bedingten sicheren Grenzen gelebt. Wir wussten, dass Kriege geführt und Terroristen bekämpft werden mussten, aber nicht auf dem Gebiet der USA. Am 11. September 2001 hat sich all dies geändert. Es war unvorstellbar und traumatisierend für Amerikaner

zu beobachten, wie amerikanische Flugzeuge, besetzt mit amerikanischen Reisenden, auf amerikanischem Boden entführt wurden und in amerikanische Gebäude gerast sind. Amerikas Offenheit und Großzügigkeit wurden missbraucht, um unschuldige Zivilisten in kaltblütiger Art und Weise zu töten und dieses völlig grundlos in den Augen der Amerikaner. Plötzlich, über Nacht, ist Amerika verwundbar, und kein Ort scheint mehr sicher zu sein.

Das Wissen über die Anschläge ist jetzt allgegenwärtig. Auch wenn es um ganz andere Themen geht, überschatten die Auswirkungen des 11. September die Diskussionen und Ereignisse. In New York sind Erinnerungen an diesen schrecklichen Tag überall präsent. Gerade dort ist eine gewisse Nervosität zu spüren, die es vorher nicht gab. Um einen New Yorker zu zitieren: "Selbst für die Menschen, die gar nicht in der Nähe von Ground Zero leben und die nicht direkt betroffen waren, haben sich die Dinge geändert. Das Leben ist anders, nicht mehr so wie vorher. Man blickt über seine Schulter und fragt sich, was erwartet dich an der nächsten Ecke". Wir leben mit der Gewissheit, dass sich zu jeder Zeit wieder etwas Schreckliches ereignen könnte. Das New York Magazine hat erst kürzlich eine ganze Ausgabe Überlebenskursen und Notfallausrüstungen gewidmet. Gerüchte über neue Anschläge auf Straßen und Brücken veranlassen Angestellte zu Hause zu bleiben und Eltern, ihre Kinder nicht in die Schule zu schicken. Dieses allgegenwärtige Gefühl der Verwundbarkeit und Angst ist neu und hatte einen ernüchternden Effekt auf das unerschütterliche Selbstvertrauen, das man oft mit dem amerikanischen Selbstverständnis assoziiert.

Dieses neue Gefühl der Verwundbarkeit geht aber auch einher mit einem außergewöhnlichen Gefühl der Einheit, dem Wiederaufleben eines Gemeinschaftssinnes und mit einer absoluten Entschlossenheit, den Terrorismus zu bekämpfen. Amerikaner, wie wir in vielen Berichten sehen konnten, kamen am 11. September dieses Jahres zusammen, um denen beizustehen, die direkt von den Anschlägen betroffen waren. Ich bin mir sicher, dass viele von ihnen ebenfalls mit den Tränen zu kämpfen hatten angesichts der bewegenden Geschichten und Gesten der selbstlosen, großzügigen und mutigen Hilfe, die wir in dieser schweren Zeit gesehen haben. Zusätzlich zu all den Feuerwehrleuten, Hilfskräften und Freiwilligen, die vor Ort geholfen haben, haben mehr als 74 Prozent der Amerikaner rund 1,3 Milliarden Dollar für die Opfer gespendet. Die First Lady Laura Bush kommentier-

te diese Hilfsbereitschaft mit den Worten, dass die Vereinigten Staaten seit den tragischen Ereignissen zu einer stärkeren und menschlicheren Nation geworden sind.

Die Ereignisse des 11. September brachten auch andere Veränderungen und eine Zeit der Besinnung mit sich. Die seit den Anschlägen durchgeführten Umfragen belegen, dass viele Amerikaner in sich gingen und sich auf das besonnen haben, was ihnen wichtig ist. Und das ist vor allem die Familie. Laut einer demographischen Umfrage sagen 80 Prozent der Bevölkerung über 18 Jahre, dass ihnen die Familie jetzt viel wichtiger ist als vor dem 11. September. Weitere Umfrageergebnisse belegen, dass mehr Zeit mit der Familie und Freunden zu den beliebtesten Neujahrswünschen für 2002 gehörten. Und seit dem 11. September widmen sich die Amerikaner verstärkt ihren Familien und verbringen mehr Zeit zu Hause.

Im Vergleich zu den enormen psychologischen Auswirkungen des 11. September und dem immer noch nicht überwundenen Gefühl der Verwundbarkeit sind die wirtschaftlichen Folgen bemerkenswert gering. Ich würde sogar so weit gehen und behaupten, dass die Anschläge die Stärke und die Dynamik unserer Marktwirtschaft unter Beweis gestellt haben. Es steht außer Frage, dass die Anschläge schweren wirtschaftlichen Schaden angerichtet haben, unter denen besonders die Fluggesellschaften, die Hotelbranche und die gesamte Tourismusindustrie zu leiden hatten. Man schätzt, dass die freie Wirtschaft Verluste von rund 14 Milliarden Dollar zu beklagen hatte, die direkt durch die Anschläge verursacht wurden. Die Gemeinden, Bundesstaaten und die Bundesregierung hatten direkte Kosten von über 13 Milliarden, inklusive der Rettungs- und Aufräumarbeiten. Man schätzt die Gesamtkosten der Anschläge auf zirka 120 Milliarden Dollar. Der Dow Jones Index verlor durchschnittlich 6,8 Prozent seines Wertes nach dem 11. September. Und Wirtschaftsexperten waren überzeugt, dass das letzte Quartal 2001 und das erste Quartal 2002 ein negatives Wachstum verzeichnen würden.

Wie wir jetzt wissen, war das nicht der Fall. Die New Yorker Börse nahm schnell wieder ihren Betrieb auf, und die US-Konjunktur erholte sich rasch. Exzellentes Krisenmanagement und beherztes Eingreifen der US-Regierung spielten eine wesentliche Rolle bei der Wiederherstellung des Vertrauens in die US-Wirtschaft, in die Sicherung der Finanzmärkte und bei der Abwehr

einer weltweiten Rezession. Der Kongress verabschiedete bereits am 14. September ein sofortiges Hilfsprogramm von 40 Milliarden Dollar, die US-Notenbank senkte die Zinsen dreimal nach den Anschlägen, und der Kongress verabschiedete ein Wirtschaftsförderungsprogramm zu Beginn des Jahres 2002. Aktuelle Statistiken zum Wirtschaftswachstum zeigen, dass die amerikanische Wirtschaft trotz dreier Quartale mit negativem Wachstum im letzten Quartal 2001 ein Wachstum von 2,7 Prozent zu verzeichnen hatte. Und in den ersten beiden Quartalen 2002 gab es Steigerungen von fünf und 1,1 Prozent. Obwohl die Terroristen das ultimative Symbol des Welthandels zerstört hatten, bewiesen sie doch nur die Widerstandskraft des Systems gegen einen solchen Angriff. Der 11. September führte nicht zu einer Rezession in den USA.

Wie wir alle wissen, waren die Wirtschaftsnachrichten der letzten Monate nicht gerade vielversprechend. Dennoch sind Negativschlagzeilen und Probleme in vielen Wirtschaftszweigen zurückzuführen auf hausgemachte Probleme und auf das Ende des Booms in der IT-Branche und im Kommunikationssektor. Erste Berichte über geschönte Geschäftszahlen und Bilanzfälschungen kamen Mitte Mai auf, und der Dow Jones Index sank um rund 18 Prozent. Das ist doppelt so viel wie der Absturz der Aktienkurse nach dem 11. September. Die Serie von Firmenskandalen hat das Vertrauen der Amerikaner in die Transparenz, Fairness und Zuverlässigkeit des amerikanischen Kapitalismus erschüttert. Das relativ schnell verabschiedete Maßnahmenpaket des Kongresses und des Präsidenten zur Regulierung und Kontrolle der Wirtschaftsprüfungs-Branche sollte das Vertrauen der Investoren wiederherstellen und den aktuellen wirtschaftlichen Aufschwung unterstützen. So ist unter anderem vorgesehen, dass Vorstandsvorsitzende die volle Verantwortung für Geschäftsberichte übernehmen müssen.

Während einige der wirtschaftlichen Daten auf potentielle Schwächen in der US-Wirtschaft hinweisen, sind nicht alle Daten negativ. Der anfängliche Anstieg der Arbeitslosenzahlen ist wieder zurückgegangen, der Einzelhandel verzeichnet zufriedenstellende Verkaufszahlen, und die Bauwirtschaft ist sehr aktiv. Trotz aller Befürchtungen scheint die US-Wirtschaft also auf einer sicheren Basis zu stehen. Sie wurde am 11. September zwar getroffen und beschädigt, erholte sich jedoch schnell. Die Dynamik unseres Systems produziert unglaubliche Resultate. Im Jahr 2001 war das amerikanische Bruttoin-

landsprodukt trotz der Verluste durch die Terroranschläge und trotz der Rezession noch um 2,3 Milliarden Dollar höher als im Jahr 2000.

Während die wirtschaftlichen Auswirkungen des 11. September gering ausfielen, hatten die Anschläge erhebliche Auswirkungen auf die Regierung und die Einstellungen der Amerikaner zu einem weltweiten Engagement. Die Reaktionen der Regierung auf der Bundes-, Einzelstaats- und lokalen Ebene waren schnell und hart und wurden von der Bevölkerung rasch gebilligt. Umfragen nach dem 11. September zeigen ein sehr stark gestiegenes Vertrauen in die Regierung und ein ebenso stark gestiegenes Interesse an Regierungsarbeit und gesellschaftlichem Engagement, besonders bei jüngeren Leuten.

Während diese Umfrageergebnisse nun wieder abnehmen und Hollywood Stars wieder auf die Titelblätter der Zeitschriften zurückkehren, scheint die Reaktion der Regierung auf die Krise doch einen Trend umgekehrt zu haben, der mit der Reagan-Administration begann. Zu jener Zeit sah nämlich eine Mehrheit der Amerikaner die Regierung selbst als Problem an und nicht als Löser von Problemen. Im günstigsten Fall war die Regierung eine nicht behelfliche bürokratische Einheit, die in das persönliche und wirtschaftliche Leben der Amerikaner eingriff. Politiker gewannen Wahlkämpfe, in dem sie gegen eine starke Regierung Position bezogen und sie warben für die Privatisierung von möglichst vielen Regierungsdiensten.

Nach dem 11. September veränderte sich das alles. Jetzt schaut man wieder auf die Regierung, wenn man Lösungen braucht. Dieser Wandel wird vielleicht am besten veranschaulicht durch die Zeichen setzende Entscheidung, eine neue Bundesbehörde zu schaffen, die die Sicherheitsüberprüfung an Flughäfen vom privaten Sektor übernehmen soll.

Der 11. September wird wahrscheinlich zur größten Reorganisation der amerikanischen Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg führen. Der Präsident hat ein Gesetz vorgeschlagen, über das der Kongress wahrscheinlich im Herbst beschließen wird. Es sieht die Schaffung einer sogenannten „Behörde für Heimatsicherheit“ vor, die ungefähr zwei Dutzend Regierungsdienste mit insgesamt 170.000 Angestellten zusammenfassen würde. Diese Behörde würde sich mit Grenz- und Transportsicherheit,

Notfallvorsorge und Technologie- und Informationsanalyse beschäftigen. Zusätzlich zwang uns der 11. September, unsere militärischen und geheimdienstlichen Fähigkeiten zu überprüfen. Dies führte zur Verabschiedung der PATRIOT-Initiative, die den Geheimdiensten und Sicherheitskräften neue Instrumente zur Bekämpfung des Terrorismus an die Hand gab und die Rolle der Regierung in diesem Bereich stärkte.

Während die Exekutive ihre Rolle gestärkt sieht und ihre Autorität erhöhen konnte, ist es auch wichtig zu sehen, was auf der politischen Ebene seit dem 11. September nicht passiert ist. Viele Menschen glaubten, dass es notwendig sein würde, einen drastischen Einschnitt unserer bürgerlichen Rechte zu akzeptieren, um unsere Sicherheit im eigenen Land zu gewährleisten. Auch gab es die Befürchtung, dass das amerikanische Volk seine Wut gegen die islamische Welt zum Ausdruck bringen würde und dass Intoleranz zunehmen würde. Das ist nicht passiert. Obwohl die Verfassung dem Präsidenten in einer Notfallsituation zusätzliche Macht gibt, zum Beispiel um den Vorführungsbefehl zur Haftprüfung auszusetzen, sind viele Versuche des Justizministeriums, den Untersuchungsbeamten und Anklagevertretern größere Freiheiten einzuräumen, von den Gerichten abgelehnt worden.

So urteilte vor einem Monat ein Bundesrichter, dass die Liste der kurz nach dem 11. September festgenommenen Verdächtigen veröffentlicht werden muss. Richterin Kessler schrieb: „Das Gericht versteht und schätzt voll und ganz, dass die erste Priorität der Exekutive in einer Krisensituation die physische Sicherheit der Bürger ist. Mit dem selben Recht ist es die oberste Priorität der Judikative, sicherzustellen, dass unsere Regierung immer die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Beschränkungen beachtet, die eine Demokratie von der Diktatur unterscheidet.“

Als Zacaria Moussaoui, der mutmaßliche 20. Flugzeugentführer, in einem Gericht in Virginia versuchte, sich schuldig zu bekennen, sah der Richter, dass Moussaoui verwirrt war und offensichtlich nicht verstand, was er tat. Der Richter gab ihm eine Woche Zeit, damit er seine Handlungen überdenken und sich umfassend über den Prozess informieren lassen konnte. Später durfte er sich nicht schuldig bekennen.

Sogar nach dem tödlichsten Angriff auf Amerika haben die Amerikaner der Regierung keinen Blankoscheck für Sicherheitsmaßnahmen ausgestellt. Die Aufforderung des Präsidenten, TIPS zu gründen, (das "Terrorist Information and Prevention System"), gemäß dem die Bürger über verdächtige Personen in ihrem Umfeld berichten sollten, und sein Gesuch, einen nationalen Ausweis und ein nationales Identifikationssystem einzuführen, erregte so viel Widerspruch, dass die Vorschläge zurückgezogen wurden. Dabei ist es eine Tatsache, auf die ein Professor für Verfassungsrecht an der Universität Chicago hingewiesen hat, dass die Handlungen von Präsident Bush im historischen Vergleich als vorsichtig bezeichnet werden müssen. Die Präsidenten Lincoln, Wilson und Roosevelt waren in Zeiten nationaler Krisen sehr viel aggressiver bei der Einschränkung bürgerlicher Rechte.

Ein Anwachsen von Intoleranz und negative Folgen für Immigranten in den USA haben ebenso nicht stattgefunden. Unmittelbar nach dem 11. September hat der Präsident gesagt, dass der Kampf gegen den Terrorismus nicht zu einem Krieg gegen Amerikaner arabischer Abstammung oder Muslime werden darf. Diese Aussage wurde von allen Regierungsstellen bekräftigt. Innerhalb weniger Wochen verabschiedete der Kongress sechs Anti-Diskriminierungsbeschlüsse und -ergänzungen. Unmittelbar vor dem Jahrestag der Terrorangriffe setzte Präsident Bush ein Zeichen, in dem er mit Amerikanern muslimischen Glaubens das Gespräch suchte. Während es klar zu sein scheint, dass die Vereinigten Staaten ihrer Tradition treu bleiben, sich im Zweifelsfall zu Gunsten der Freiheit zu irren, hat es eine fundamentale Veränderung gegeben in der Einstellung, die Amerikaner zu ihrem Engagement mit der Welt haben.

Diese Veränderung kann am besten ausgedrückt werden durch die Bezeichnung „Rückzug aus dem Isolationismus“. Rückzug von der Welt, Distanz zu entwickelnden Allianzen, wie George Washington es seiner Nation empfahl, hat einen langen und starken Einfluss auf die amerikanische Psyche gehabt. Eine kürzliche Umfrage, durchgeführt im Auftrag des German Marshall Fund und des Chicago Council on Foreign Relations, zeigt jedoch einen enormen Anstieg an Internationalismus als Reaktion auf die Terrorangriffe.

71 Prozent der befragten Amerikaner befürworten eine aktive Rolle der USA in der Welt. Zusätzlich finden es 83 Prozent der Amerikaner sehr wünschenswert, dass

die USA eine führende Rolle in der internationalen Politik spielen. Eine Mehrheit der Amerikaner sieht ein Engagement der USA bei der Lösung der Probleme der Welt als einen Weg, den Terrorismus zu bekämpfen. Die Unterstützung für ein internationales Engagement mündet auch in eine Unterstützung für eine breite internationale Wirtschaftsagenda und mehr Unterstützung für Entwicklungshilfe. Dies steht in starkem Kontrast zu den Handelskriegen, die nach dem Ersten Weltkrieg oder dem Rückzug der USA nach dem Ende des Kalten Krieges ausbrachen. Während vor dem 11. September die Durchführung einer neuen Wirtschaftsrunde zweifelhaft war, wurden die Verhandlungen über eine neue Runde mit einer breiten Agenda letzten November in Doha erfolgreich abgeschlossen. Besonders bemerkenswert ist es für die USA, dass die Anti-Dumping-Maßnahmen, an denen der amerikanische Kongress lange festgehalten hat, nun auf dem Verhandlungstisch liegen. Zusätzlich bekam Präsident Bush letzten August eine breite Vollmacht vom Kongress, neue Handelsabkommen auszuhandeln. Diese Vollmacht hatte Präsident Clinton während seiner achtjährigen Amtszeit vergeblich versucht zu bekommen.

Dieser Internationalismus zeigt sich auch in der wachsenden Unterstützung für Entwicklungshilfe, nicht gerade ein Thema, das bei konservativen Mitgliedern des Kongresses sehr beliebt war. Nichtsdestotrotz kündigte Präsident Bush auf der Entwicklungshilfekonferenz in Monterrey eine noch nie zuvor gesehene Verdopplung der amerikanischen Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2006 an. Man kann zwar behaupten, dass der amerikanische Anteil an Entwicklungshilfe immer noch nicht angemessen ist. Aber die Aussage von Präsident Bush, dass wir eine bessere Welt schaffen müssen, um eine sichere Welt zu bekommen, ist auf eine klare Resonanz gestossen, und zwar sowohl beim amerikanischen Volk als auch beim Kongress.

Wo also steht Amerika heute und was liegt vor uns? Am 11. September 2001 erlebten die Vereinigten Staaten eine neue Form des Terrorismus, der Fanatismus mit ungeheurer zerstörerischer Gewalt kombinierte. Seitdem existiert ein Gefühl von Verwundbarkeit. Aber, wie Präsident Bush gesagt hat, durch Stärke und politische Entschlossenheit werden die Vereinigten Staaten dem Terrorismus nie nachgeben.

Während der Jahre des Kalten Krieges war die Bedrohung des Westens massiv und eindeutig. Als der Kalte Krieg endete, gab es anscheinend keine einzige übergreifende und eindeutige Gefahr mehr. Die meisten Amerikaner maßen deshalb der Außenpolitik nur noch eine geringe Priorität zu. Seit dem 11. September ist der Terrorismus für die Vereinigten Staaten nicht mehr eine von vielen unterschiedlichen Gefahren, sondern eine ganz fundamentale Bedrohung Amerikas, seiner Lebensweise und seiner vitalen Interessen. Wieder ist die Gefahr, die den Westen bedroht, groß und eindeutig. Die Rücksichtslosigkeit und kaltblütige Bereitschaft der Terroristen, eine große Anzahl von Zivilisten ohne die geringsten Gewissensbisse umzubringen, hat die Befürchtungen gesteigert, dass die Terroristen bereit sind, Massenvernichtungswaffen einzusetzen.

Die Tatsache, dass die Terroristen Selbstmord begangen haben, hat ferner die Gültigkeit der Abschreckung als eine übergreifende Sicherheitsstrategie in Frage gestellt. Sogar auf der Höhe des Kalten Krieges konnten amerikanische Strategen ihre Pläne auf der Grundlage angenommenen Rationalität der sowjetischen Führer vornehmen und dem Wissen, dass diese keinen nuklearen Selbstmord verüben würden, indem sie die Vereinigten Staaten oder ihre Verbündeten massiv angreifen. Der 11. September hat diese entscheidende Vermutung unterminiert, und dies erklärt die Eile in der entschlossenen Vorgehensweise der Administration gegen diejenigen, die versuchen, Massenvernichtungswaffen in ihren Besitz zu bringen. Was auch immer die Risiken der Vorgehensweise sind, die Risiken, nichts zu tun, sind weitaus verhängnisvoller.

Unser ehemaliger Präsident Franklin Delano Roosevelt sagte: "Diejenigen, die ihre fundamentale Freiheit aufgeben, um eine kleine zeitweilige Sicherheit zu haben, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit." Von den so genannten „Vier Freiheiten“, die er dem 77. Kongress am 6. Januar 1941 vorstellte, möchte ich mit der letzten schließen, der „Freiheit von Furcht“. Er erinnerte uns daran, dass eine gute Gesellschaft in der Lage ist, Bedrohungen der Welt und Revolutionen ohne Angst zu begegnen. Der 11. September hat Amerika hart getroffen. Er veränderte das Land psychologisch und politisch. Aber ich glaube, Präsident Roosevelt wäre nicht enttäuscht über die Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten auf die Tragödie des 11. September reagiert haben.

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, Ihnen meine Gedanken vortragen zu können, und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

CONRAD HINRICH DONNER BANK  
Aktiengesellschaft  
Ballindamm 27  
20095 Hamburg

Telefon: +49-40-30217-0  
Telefax: +49-40-30217-354

Internet: [www.donner.de](http://www.donner.de)  
E-Mail: [donner@donner.de](mailto:donner@donner.de)